

# Heimvertrag

Zwischen der Seniorenzentrum Bethel Köpenick gGmbH  
als Rechtsträger des  
Seniorenzentrum Bethel Köpenick  
Alfred-Randt-Straße 23  
12559 Berlin  
- nachstehend „Heim“ genannt -

und

Frau **Maria Mustermann**

- nachstehend „Bewohner/Bewohnerin“ genannt –

vertreten durch: Frau Heike Musterfrau

wird mit Wirkung vom **20.00.00**  
auf unbestimmte Zeit folgender Heimvertrag geschlossen.

## Heimträger

- 1) Die Seniorenzentrum Bethel Köpenick gGmbH ist als  
gemeinnützig kirchlich-diakonischer Rechtsträger anerkannt mit  
dem Sitz in der Alfred-Randt-Strasse 23 in 12559 Berlin, Telefon:  
030/65895-0.

Der Rechtsträger führt das Heim für alte und pflegebedürftige  
Menschen in Ausübung christlicher Nächstenliebe.

Gesellschafter der Seniorenzentrum Bethel Köpenick gGmbH ist  
der Diakoniewerk Bethel e.V. mit dem Sitz in Clayallee 18-22,  
14195 Berlin, Telefon: 030/824 02-0.

Das Diakoniewerk Bethel e.V. gehört zur Diakonie des Bundes  
Ev.Freik. Gemeinden. Es ist Mitglied im Diakonischen Werk  
Berlin-Brandenburg e.V.

- 2) Der Heimbewohner erkennt die kirchlich-diakonische Ausrichtung  
des Heimes an.
- 3) Die für die Einrichtung gültige Heimordnung ist Bestandteil  
dieses Vertrages. Eine Ausfertigung der Heimordnung ist dem  
Vertrag beigelegt.

## II

### **§ 1 Allgemeines**

Die vorvertraglichen Informationen der Einrichtung nach § 3 WBVG sind Vertragsgrundlage, dazu gehört insbesondere die Leistungsbeschreibung, das Pflegekonzept, Information über Entgelte sowie die Ergebnisse der Qualitätsprüfungen nach § 115 Absatz 1a Satz 1 SGB XI.

Weitere Vertragsgrundlage sind der Rahmenvertrag nach § 75 SGB XI, die Vergütungsvereinbarung nach § 84 SGB XI sowie der Versorgungsvertrag nach § 72 SGB XI in der jeweils gültigen Fassung. Soweit sie diesem Vertrag nicht in der Anlage beigefügt sind, werden sie von der Einrichtung zur Verfügung gestellt.

Sollten die gesetzlichen Bestimmungen oder der Rahmenvertrag nach § 75 SGB XI für das Land Berlin einen anderen Inhalt (z.B. durch Veränderungen) als in diesem Vertrag bestimmt, aufweisen, so gelten die jeweiligen gesetzlichen Bestimmungen oder die Bestimmungen des Rahmenvertrages.

### **§ 2 Unterkunft**

- 1) Das Heim überlässt der Bewohnerin/ dem Bewohner  
( ) ein Zimmer in einem Einzelzimmer  
( X ) einen Wohnplatz in einem Zimmer mit 2 Wohnplätzen
- 2) Das Zimmer trägt die Nummer 120 und befindet sich in der 1. Etage und verfügt über 16 qm.
- 3) Das Zimmer ist teilmöbliert. Die vom Heim zur Verfügung gestellten Einrichtungsgegenstände sind folgende: Pflegebett, Pflegenachttisch, Einbauschränk, Tisch, Stuhl, Vorhänge.
- 4) Das Zimmer verfügt über einen Fernsehanschluss (z.Zt. hauseigene Satellitenanlage). Die Anmeldung für Fernseh- und Rundfunkgebühren sowie die daraus entstehenden Kosten sind vom Bewohner zu tragen.
- 5) Es besteht im Zimmer die Möglichkeit für einen Telefonanschluss. Die Freischaltung des Telefonanschlusses ist vom Bewohner beim jeweiligen Telefonnetzanbieter (Telekom o.ä.) zu beantragen. Die vertragliche Regelung besteht zwischen Telefonnetzanbieter und Bewohner. Die Telefonkosten werden direkt zwischen Telefonnetzanbieter und Bewohner abgerechnet

### III

- 6) Das Zimmer kann von dem Bewohner ergänzend mit eigenen Möbeln individuell eingerichtet werden. Aufgrund der Sturzgefahr dürfen keine Teppichböden oder Läufer eingebracht werden. In den Sanitärzellen dürfen im Bereich der Fliesen keine zusätzlichen Haken und Aufhängevorrichtungen angebracht werden. Für Schäden die in den Räumen entstehen, haftet der Bewohner/ die Bewohnerin.
- 7) Aus Gründen des Brandschutzes ist die Verwendung von Kochplatten, Tauchsiedern, Radiatoren, Heizkissen o.ä. in den Bewohnerzimmern sowie das Rauchen in Bewohnerzimmern und Gemeinschaftsräumen (außer ausdrücklich ausgewiesene Räume) nicht gestattet. Es dürfen von der Bewohnerin/dem Bewohner nur Elektrogeräte verwendet werden, die den Sicherheitsbestimmungen entsprechen. Die Heimleitung kann den Betrieb von Geräten, die eine Brandgefahr darstellen können, verbieten.

Verursachen Geräte einen erhöhten Energieaufwand (bspw. Kühlschränke) oder besondere Geräuschbelästigungen, bedarf die Inbetriebnahme der Zustimmung der Heimleitung.

Die Reinigung von bewohnereigenen Kühlschränken obliegt dem Bewohner oder Angehörigen.

- 8) Die Haltung von Tieren bedarf der schriftlichen Zustimmung der Heimleitung.
- 9) Stirbt bei Ehepartnern ein Partner im Zwei-Personen-Zimmer, wird der entsprechende Platz neu vergeben. Ein Anspruch auf die alleinige Nutzung des Mehrbettzimmers besteht nicht.
- 10) Die Übernachtung von Gästen bedarf der Zustimmung der Heimleitung.
- 11) Dem Bewohner werden folgende Schlüssel übergeben:

- ( ) Haustürschlüssel
- ( X) Safe- und Schrankschlüssel
- ( ) Zimmerschlüssel

Die Übergabe der Schlüssel wird schriftlich quittiert.

Der Verlust des Schlüssels ist umgehend der Heimleitung zu melden; die Ersatzbeschaffung erfolgt durch die Heimleitung auf Kosten des Bewohners. Der Schlüssel ist Eigentum der Einrichtung. Bei Beendigung des Vertragsverhältnisses ist der Schlüssel an die Heimleitung/Verwaltung unaufgefordert zurückzugeben.

- 12) Die Heimleitung hat die Möglichkeit eine Hausordnung zu erlassen. Die Hausordnung ist dann bindend.

### **§ 3 Gemeinschaftseinrichtungen**

Die Gemeinschaftsräume und -einrichtungen stehen der Bewohnerin/dem Bewohner zur Mitbenutzung zur Verfügung. Gemeinschaftsräume sind: Foyerraum, Speiseraum, Aufenthaltsraum auf jeder Etage, Grünanlage.

### **§ 4 Leistungen der Hauswirtschaft**

Die Leistungen der Hauswirtschaft umfassen folgendes:

- 1) Die Versorgung mit bzw. die Entsorgung von Wasser, Energie und Abfall. Die Bereitstellung von Energie erfolgt für das Betreiben von Elektrogeräten wie Unterhaltungselektronik und Geräten zur Körperpflege.
- 2) Die Reinigung des Wohnraums, der Gemeinschaftsräume (Sichtreinigung, Unterhaltsreinigung, Grundreinigung) und der übrigen Räume entsprechend Hygiene-/Reinigungsplan und darüber hinaus im Bedarfsfall.
- 3) Die Wartung und Unterhaltung der Gebäude, von Einrichtungen und Ausstattung der technischen Anlagen und Außenanlagen.
- 4) Die Bereitstellung, Instandhaltung und Reinigung der Wäsche, die von der Einrichtung zur Verfügung gestellt wird. Vom Haus wird folgende Wäsche der Bewohnerin/ dem Bewohner überlassen: Bettwäsche, Handtücher, Waschlappen.
- 5) Das maschinelle Waschen der persönlichen waschbaren Wäsche der Bewohnerin/ des Bewohners, nicht jedoch die Reinigung der Oberbekleidung (chemische Reinigung, besondere Reinigungsverfahren). Der Bewohner verpflichtet sich bei Heimaufnahme seine persönliche Wäsche kennzeichnen zu lassen. Der Bewohner trägt Sorge dafür, dass die der Einrichtung zum maschinellen Waschen übergebenen bzw. gezeichneten Wäschestücke maschinenwaschbar sind (d.h. mindestens 40 Grad und trocknergeeignet).
- 6) Die Zubereitung und Bereitstellung der im Rahmen einer

ausgewogenen und pflegegerechten Ernährung notwendigen Speisen in Form von 3 Hauptmahlzeiten (Frühstück, Mittagessen, Abendessen) und 3 Zwischenmahlzeiten (2. Frühstück, Nachmittagskaffee, Spätmahlzeit). Beim Mittagessen stehen Normalkost und Schonkost zur Auswahl.

Zur Deckung des täglichen Flüssigkeitsbedarfs werden ausreichend Getränke angeboten wie zum Beispiel: Tee, Mineralwasser, Apfel- und Orangensaft.

Die Mahlzeiten werden in den entsprechenden Speiseräumen angeboten. Bei Krankheit oder pflegebedingtem Bedarf werden die Mahlzeiten im Zimmer des Bewohners serviert und ihm die notwendige Hilfe bei der Einnahme der Mahlzeiten gewährt.

Gäste der Bewohner können gegen Entgelt am Frühstück und Mittagessen an der Rezeption teilnehmen. Die Anmeldung erfolgt bis zum Vortag an der Rezeption. Die Bezahlung erfolgt ebenfalls an der Rezeption.

Sogenannte Sondennahrung ist nicht Bestandteil der Verpflegung.

## **§ 5 Leistungen der Haustechnik**

- 1) Die Leistungen der Haustechnik beinhalten die Sicherstellung der Funktionstüchtigkeit der haus- und betriebstechnischen Anlagen. Der Bewohner ist nicht berechtigt, innerhalb seines Wohnraums an baulichen und technischen Einrichtungen wie Schwesternrufanlage, elektrischen Anlagen, Gemeinschaftsantenne usw. Änderungen vorzunehmen.
- 2) Für die Instandhaltung von selbstinstallierten Anlagen und Einrichtungsgegenständen ist der Bewohner verantwortlich.

## **§ 6 Leistungen der Verwaltung / Rezeption**

- 1) Mitarbeiter der Rezeption und Verwaltung sind befugt, Post entgegenzunehmen und an den Bewohner weiterzuleiten. Mit dieser Verfahrensweise erklärt sich der Bewohner einverstanden.

Es besteht die Möglichkeit, mit schriftlicher Einwilligung des Bewohners bzw. entsprechend Bevollmächtigten die Post (z.B. für Betreuer oder Angehörige) an der Rezeption zu hinterlegen bzw. gegen Hinterlegung eines frankierten Umschlages diese weiterzusenden.

## § 7 Allgemeine Pflegeleistungen

- 1) Inhalt der allgemeinen Pflegeleistungen sind die im Einzelfall erforderlichen Hilfen zur Unterstützung, zur teilweisen oder zur vollständigen Übernahme der Aktivitäten im Ablauf des täglichen Lebens oder zur Beaufsichtigung oder Anleitung mit dem Ziel der eigenständigen Durchführung der Aktivitäten. Die Hilfen sollen diejenigen Maßnahmen enthalten, die Pflegebedürftigkeit mindern sowie einer Verschlimmerung der Pflegebedürftigkeit und der Entstehung von Sekundärerkrankungen vorbeugen.
- 2) Die Durchführung und Organisation der Pflege richten sich nach dem allgemein anerkannten Stand medizinisch-pflegerischer Erkenntnisse. Die Pflegeleistungen werden in Form der aktivierenden Pflege erbracht.
- 3) Zu den allgemeinen Pflegeleistungen gehören je nach Einzelfall folgende Hilfen:

### 1. Hilfen bei der Körperpflege

Die Körperpflege orientiert sich an den persönlichen Gewohnheiten des Pflegebedürftigen. Die Intimsphäre ist zu schützen. Die Pflegekraft unterstützt den selbstverständlichen Umgang mit dem Thema "Ausscheiden/Ausscheidung." Die Körperpflege beinhaltet insbesondere:

#### 1.1. An- und Auskleiden

- Hilfe bei der Auswahl der Kleidung
- An- und Ausziehtraining im Sinne aktivierender Pflege
- Bei Bedarf vollständige Übernahme der Handlung des An- und Ausziehens

#### 1.2. Waschen (Ganzkörperwäsche), Duschen und Baden

- Transfer zur Waschgelegenheit und zurück
- Ganzkörperwäsche (ohne Haarwäsche)
- Hautpflege am gesamten Körper
- Nägel Reinigen, Schneiden
- bei Bedarf Kontaktherstellung zur Fußpflege
- Duschen / Baden

#### 1.3. Mundpflege und Zahnpflege

- Zähne putzen, Mundhygiene
- Reinigen der Zahnprothese, Hilfe beim Einsetzen und Entfernen

- Lippenpflege
- Soor- und Parotitisprophylaxe

**1.4. Kämmen und Rasieren**

- Kämmen und Herrichten der Tagesfrisur  
(keine Dauerwelle, kein Schneiden und Färben)
- Nass- oder Trockenrasur

**1.5. Haare waschen**

- Transfer zur Waschgelegenheit und zurück
- Waschen und Trocknen der Haare
- Kämmen und Herrichten der Tagesfrisur  
(keine Dauerwelle, kein Schneiden und Färben)

**1.6. Unterstützung bei Ausscheidungen**

- An- und Ausziehen einzelner Kleidungsstücke
- Wechseln der Kleidung
- Hilfe beim Aufstehen und Aufsuchen der entsprechenden Räumlichkeiten und zurück
- Hilfe bei Blasen- und/oder Darmentleerung
- Unterstützung bei Inkontinenz (z.B. Dauerkatheterpflege, Urinalpflege bzw. -wechsel, Wechsel aufsaugender Inkontinenzmaterialien, Stomapflege)
- Kontinenztraining
- Waschen des Genital-/ Gesäßbereiches
- Hilfestellung beim Erbrechen (Waschen des Gesichts, der Hände nach dem Erbrechen, Gebisspflege nach dem Erbrechen)
- Hautpflege der gewaschenen Körperteile

**1.7. Lagern, Betten, Mobilisieren**

- Hilfe beim Aufstehen und Wiederaufsuchen des Bettes
- Betten machen/richten
- (Teil-)Wechsel der Bettwäsche
- Maßnahmen zum körper- und situationsgerechten Sitzen und Liegen

- bei schwerster Bettlägerigkeit spezielle Lagerung zur Vorbeugung von Sekundärerkrankungen
- Pneumonie- / Kontraktur- und Dekubitusprophylaxe
- Hilfestellung beim Setzen und Verlassen des Rollstuhls
- An- und Ablegen von Körperersatzstücken (Prothesen)

...

## **2. Hilfe bei der Nahrungsaufnahme**

- 1) Eine ausgewogene Ernährung (einschließlich notwendiger Diät) ist anzustreben. Der Pflegebedürftige ist bei der Essens- und Getränkeauswahl sowie bei Problemen der Nahrungsaufnahme zu beraten. Zur selbstständigen Nahrungsaufnahme ist der Einsatz von speziellen Hilfsmitteln zu fördern. Zu ihrem Gebrauch ist anzuleiten. Bei Nahrungsverweigerung ist ein differenzierter Umgang mit den zugrunde liegenden Problemen erforderlich. Dies beinhaltet insbesondere:

### **2.1. Mundgerechtes Zubereiten der Nahrung / Hilfe beim Essen und Trinken**

- Transfer zum Essplatz und zurück
- Aufrichten im Bett
- alle Tätigkeiten, die der unmittelbaren Vorbereitung dienen und die Aufnahme der Nahrung ermöglichen
- Darreichen der Nahrung
- Unterstützung beim Umgang mit Besteck

### **2.2. Hygiene**

- Hände waschen
- Mundpflege
- Säubern, ggf. Wechseln der Kleidung

### **2.3. Ärztlich verordnete Sondenkost bei implantierter Magensonde**

- Aufbereiten der ärztlich verordneten Sondenkost
- Sachgerechte Verabreichung der Sondenkost
- Spülen der Sonde



## **§ 8 Medizinische Behandlungspflege**

- 1) Die Leistungen des Arztes sind nicht Bestandteil des Heimvertrages.
- 2) Die Bewohnerin/der Bewohner hat das Recht, ihren/seinen Arzt frei zu wählen. Das Heim führt ärztliche Verordnungen im Rahmen seines Leistungsangebotes durch, Voraussetzung ist jedoch, dass die behandelnden Ärzte die Verordnungen schriftlich dokumentieren.
- 3) Das Heim führt eine Pflegedokumentation, in der die ärztlichen Verrichtungen und die ärztlich delegierten Aufgaben dokumentiert werden. Die Bewohnerin/der Bewohner erklärt sein Einverständnis, dass die pflegerische und therapeutische Dokumentation elektronisch und papierlos durch ein EDV-System erfolgen kann und dass diese Dokumentation in möglichen Rechtlichen Streitigkeiten als Beweismittel ausreichend ist. Die Bewohnerin/der Bewohner willigt in die Erhebung, Verarbeitung oder Nutzung seiner/ihrer personenbezogenen Daten, insbesondere der Gesundheitsdaten, zu Zwecken des Behandlungs-/Aufnahme-/Heimvertrages ausdrücklich ein.
- 4) Das Heim kann bei der Vermittlung der ärztlichen Betreuung der Bewohnerin/des Bewohners unter Beachtung der freien Arztwahl mitwirken. Die Leistungen des Arztes sind jedoch nicht Gegenstand des Vertrages. Die Verwaltung, Verwahrung und die Verabreichung der verordneten Medikamente erfolgt, soweit notwendig und erforderlich, durch das Pflegepersonal. Das Heim arbeitet dabei mit den niedergelassenen Ärzten zusammen.

## **§ 9 Kulturelle Angebote**

- 1) Die Einrichtung bietet der Bewohnerin/dem Bewohner die Teilnahme an kulturellen Veranstaltungen an. Die Teilnahme an dieser Veranstaltung ist freiwillig und liegt im Ermessen der Bewohnerin/des Bewohners.
- 2) Das Heim bietet der Bewohnerin/dem Bewohner weitere folgende Regelleistungen an:
  - Nutzung der vorhandenen Gemeinschaftsräume

- Angebote zur Freizeitgestaltung, etwa kulturelle, gesellschaftliche und sonstige Freizeitangebote
- Möglichkeit der Teilnahme an Gottesdienst u.a.

## **§ 10 Zusatzleistungen**

- 1) Zusatzleistungen sind die über das Maß des Notwendigen hinausgehenden Leistungen der Pflege, Unterkunft und Verpflegung, die laufend oder in regelmäßiger Wiederkehr von der Pflegeeinrichtung angeboten und erbracht werden und nicht durch das Heimentgelt abgedeckt sind. Ein Anspruch auf die Erbringung von Zusatzleistungen durch das Heim besteht nicht. Es werden folgende Zusatzleistungen angeboten:
  - Kennzeichnen und Reparatur von persönlicher Wäsche (der Bewohner/die Bewohnerin verpflichtet sich, die Wäsche seitens des Heimes kennzeichnen zu lassen)
- 2) Zusatzleistungen sind nicht Bestandteil der Pflegevergütung, werden also nicht von den Pflegekassen übernommen und sind in aller Regel auch nicht geeignet, eine Zahlungspflicht des Sozialhilfeträgers auszulösen. Diese Leistungen sind allein mit der Bewohnerin/dem Bewohner abzurechnen.

## **§ 11 Höhe des Entgelts**

- 1) Die Entgelte für die Leistungen richten sich grundsätzlich nach den Vereinbarungen, die zwischen der Einrichtung und den öffentlichen Leistungsträgern (Pflegekassen, Sozialhilfeträger) nach den einschlägigen Vorschriften des SGB XI und des BSHG vereinbart sind.
- 2) Die Entgelte für die Leistungen sind für alle Bewohner nach einheitlichen Grundsätzen bemessen.
- 3) Der Bewohner bzw. ein von ihm Bevollmächtigter hat das Recht, die Vergütungsvereinbarung sowie Bescheide zur Berechnung von Investitionskosten in der jeweils gültigen Fassung beim Träger der Einrichtung einzusehen.

- 4) Die aktuellen täglichen Entgelte auf der Grundlage der Vergütungsvereinbarungen mit den Leistungsträgern sind der Anlage 1 (Entgelte) zu entnehmen.
- 5) Der Bewohner trägt die Kosten für Unterkunft und Verpflegung, die Kosten für die nicht geförderten Investitionsaufwendungen sowie die Kosten für die allgemeinen Pflegeleistungen, soweit die Pflegekasse für sie nicht aufkommt.
- 6) Bei ergänzendem Bezug von Sozialhilfe werden die nicht von der Pflegekasse und nicht vom Bewohner selbst entrichteten Entgelte mit dem zuständigen Sozialhilfeträger auf der Grundlage der Pflegesatzvereinbarungen unmittelbar abgerechnet.
- 7) Bei einem Wechsel in der Pflegestufe infolge eines verbesserten oder verschlechterten Pflege- und Gesundheitszustandes gilt nach deren Feststellung der entsprechend neue Entgeltsatz.

## **§ 12 Fälligkeit und Abrechnung**

- 1) Der von der Bewohnerin/dem Bewohner selbst zu tragende Anteil am Entgelt für die allgemeinen Pflegeleistungen, dem Entgelt für Unterkunft und Verpflegung sowie den eventuell gesondert berechneten Investitionsaufwendungen ist jeweils im voraus am 03. eines Monats fällig; er ist spätestens bis zum 5. Werktag des laufenden Monats (nach Zahlungsaufforderung/Rechnung) zu zahlen.
- 2) Ergibt sich aufgrund der Abrechnung eine Differenz gegenüber dem nach Abs. 1 in Rechnung gestellten Leistungsentgelt, so ist spätestens mit der nächst fälligen Zahlung eine Ausgleichung beizuführen. Die Aufrechnung anderer Forderungen ist nur zulässig, wenn diese unbestritten oder rechtskräftig festgestellt sind.
- 3) Soweit Entgelte von öffentlichen Leistungsträgern übernommen werden, wird mit diesen abgerechnet. Die Bewohnerin/der Bewohner ist verpflichtet, entsprechend mitzuwirken, insbesondere entsprechende Anträge zu stellen.
- 4) Sind die Vertragsgrundlagen nicht vollständig oder liegen diese nicht zeitgerecht vor, ist eine Kostenübernahmeerklärung erforderlich.

**§ 13**

**Entgelt bei vorübergehender Abwesenheit**

- 1) Bei vorübergehender Abwesenheit bis zu drei Tagen wird das volle Entgelt weitergezahlt.
- 2) Bei vorübergehender Abwesenheit von mehr als drei Tagen wird ab dem vierten Abwesenheitstag Freihaltgelt gezahlt, wenn der Pflegeheimplatz während dieses Zeitraums freigehalten wird.
- 3) Das Freihaltgelt umfasst 75% der vertraglich vereinbarten Pflegevergütung, der Entgelte für Unterkunft und Verpflegung sowie ggf. der Zuschläge nach § 92b SGB XI. Das Freihaltgelt umfasst nicht die Ausbildungsvergütung und den Investitionsbetrag; diese sind weiter zu entrichten.
- 4) Freihaltgelt wird bei vorübergehender Abwesenheit vom Pflegeheim für einen Abwesenheitszeitraum von bis zu 42 Tagen im Kalenderjahr gezahlt. Darüber hinaus verlängert sich der Abwesenheitszeitraum in dem Freihaltgelt gezahlt wird, bei Krankenhausaufenthalten und Aufenthalten in Rehabilitationseinrichtung für die Dauer dieser Aufenthalte. Bei darüber hinausgehender Abwesenheit ist das volle Heimentgelt zu entrichten.
- 5) Der Tag, an dem die Pflegeeinrichtung vorübergehend verlassen wird, gilt als Abwesenheitstag. Der Tag, an dem der Bewohner zurückkehrt, gilt als Anwesenheitstag.

**§ 14**

**Anpassung der Leistungsentgelte**

- 1) Das Entgelt für die allgemeinen Pflegeleistungen wird zwischen der Einrichtung und den Leistungsträgern gemäß § 85 SGB XI vereinbart. Das Entgelt für Unterkunft und Verpflegung wird zwischen der Einrichtung und den Leistungsträgern gemäß § 87 SGB XI vereinbart. Die zur Zeit gültigen Vereinbarungen sind beim Heimträger erhältlich und gelten als Bestandteil dieses Vertrages. Die Erhöhung dieser Entgelte erfolgt mit Änderung der Pflegesatzvereinbarung und Vergütungsverträge. Diese Erhöhung muss mindestens vier Wochen vorher schriftlich angekündigt und unter Darstellung der Änderungen begründet werden.
- 2) Erhält die Bewohnerin/der Bewohner keine Leistungen aus der Pflegeversicherung, kann der Heimträger nur durch eine schriftliche Erklärung gegenüber der Bewohnerin/dem Bewohner die Entgelte nach § 7 dieses Vertrages erhöhen. Diese Erhöhung wird mindestens vier Wochen vorher schriftlich angekündigt und

anhand der Leistungsbeschreibung und der Entgeltbestandteile des Heimvertrages unter Angabe des Umlagemaßstabes die Positionen beschreibt, für die sich nach Abschluss des Heimvertrages Kostensteigerungen ergeben, begründet. Die Begründung muss die vorgesehenen Änderungen darstellen und sowohl die bisherigen als auch die vorgesehenen neuen Entgeltbestandteile enthalten. Die Bewohnerin/der Bewohner sowie der Heimbeirat bzw. Heimfürsprecher erhalten Gelegenheit, die Angaben des Heims durch Einsichtnahme in die Kalkulationsunterlagen zu überprüfen.

- 3) Die Erklärungen des Heimträgers bedürfen nicht der eigenhändigen Unterschrift, wenn sie mit Hilfe automatischer Einrichtungen gefertigt sind.
- 4) Der Heimträger ist berechtigt, bis zur Festsetzung der vereinbarten Entgelte eine angemessene Abschlagszahlung auf das bisherige Entgelt als Abschlagszahlung anzufordern.
- 5) Eine Erhöhung der Zusatzleistungen ist nur zulässig, wenn sie der Bewohnerin/dem Bewohner gegenüber spätestens zwei Wochen vor dem Zeitpunkt, an dem sie wirksam werden soll, schriftlich geltend gemacht und begründet wird und den Landesverbänden der Pflegekassen sowie den überörtlichen Trägern der Sozialhilfe zuvor schriftlich gemäß § 88 Abs. 2 Nr. 3 SGB XI mitgeteilt worden ist.
- 6) Verrechnet die Einrichtung betriebsnotwendige Investitionskosten nach § 82 Abs. 3 SGB XI, bedarf eine Erhöhung gemäß § 82 Abs. 3 Satz 3 SGB XI der Zustimmung der zuständigen Landesbehörde.

Die Einrichtung ist berechtigt, die genehmigte Erhöhung durch einseitige Erklärung geltend zu machen. Die Geltendmachung erfolgt spätestens vier Wochen vor dem Zeitpunkt, an dem die Erhöhung wirksam werden soll, durch einseitige schriftliche und begründete Erklärung.

- 7) Die Bewohnerin/der Bewohner ist im Falle der Erhöhung berechtigt, den Vertrag spätestens am dritten Werktag eines Kalendermonats für den Ablauf des nächsten Monats schriftlich zu kündigen. Bis zum Beendigungszeitpunkt gilt das bisherige Entgelt als geschuldet.
- 8) Eine Kündigung des Vertrages durch die Einrichtung zum Zwecke der Erhöhung des Entgeltes ist ausgeschlossen.

**§ 15**  
**Beschwerderecht**

- 1) Die Bewohnerin/der Bewohner hat das Recht, sich über die Dienstleistungserbringung und die Nichteinhaltung des Vertrages unmittelbar bei der Heimleitung zu beschweren. Für schriftliche Beschwerden besteht ein vorgefertigtes Beschwerdeerfassungsprotokoll. Dieses steht in der Verwaltung und auf den Wohnbereichen zur Verfügung. Das Beschwerdeformular kann in den Meinungs-Briefkasten oder den Verwaltungsbriefkasten im Erdgeschoß eingeworfen oder persönlich abgegeben werden. Beschwerden sind erwünscht und werden von der Heimleitung als Anregung zu Verbesserungsmöglichkeiten gesehen.

Beschwerdeführern erhalten binnen drei Wochen eine schriftliche Antwort auf die Beschwerde von der Einrichtungsleitung.

Die Bewohnerin/der Bewohner hat das Recht, sich über die Ergebnisse interner und externer Qualitätssicherungsmaßnahmen zu informieren.

- 2) Die Bewohnerin/der Bewohner bestätigt, bei Abschluss des Heimvertrages auf ihr/sein Recht schriftlich hingewiesen zu sein, sich beim Träger, bei der zuständigen Behörde oder der Arbeitsgemeinschaft nach § 20 Abs. 5 HeimG beraten zu lassen sowie sich über Mängel bei der Erbringung der im Heimvertrag vorgesehenen Leistungen zu beschweren.

Die Anschriften der Beschwerdeinstanzen im Sinne des § 12 Abs. 4 dieses Vertrages wurden wie folgt mitgeteilt:

Heimträger: Seniorenzentrum Bethel Köpenick gGmbH  
Alfred-Randt-Straße 23  
12559 Berlin  
Tel. 030/65895-0

Heimaufsichtsbehörde: Landesamt für Gesundheit  
und Soziales  
Heimaufsicht  
Turmstr. 21 – Haus A  
10559 Berlin  
Tel. 030/90229-3333  
Fax. 030/90229-3298

Arbeitsgemeinschaft nach § 20 Abs. 5 HeimG:  
Arbeitsgemeinschaft der Pflegekassenverbände in Berlin  
Zillestr. 10, 10585 Berlin  
Tel. 030/2531-5306

**§ 16**  
**Kürzungsrecht der Bewohnerin/des Bewohners**

- 1) Erbringt das Heim die vertraglichen Leistungen ganz oder teilweise nicht oder weisen sie nicht unerhebliche Mängel auf, kann die Bewohnerin/der Bewohner unbeschadet weitergehender zivilrechtlicher Ansprüche bis zu sechs Monate rückwirkend eine angemessene Kürzung des vereinbarten Heimentgelts verlangen.
- 2) Voraussetzung für das Kürzungsrecht nach Absatz 1 ist allerdings, dass die Bewohnerin/der Bewohner ihre/seine Beschwerde gemäß § 12 Abs. 1 dieses Vertrages möglichst zeitnah – schon aus Beweisgründen – der Heimleitung oder einem Beauftragten gegenüber erhebt, damit dem Heim Gelegenheit zur Abhilfe gegeben wird.
- 3) Ein Kürzungsrecht nach Absatz 1 besteht dann nicht, soweit nach § 115 Abs. 3 des Elften Buches Sozialgesetzbuch wegen desselben Sachverhalts ein Kürzungsbetrag vereinbart oder festgesetzt worden ist.
- 4) Bei Bewohnern, denen Hilfe im Heim nach dem Bundessozialhilfegesetz gewährt wird, steht der Kürzungsbetrag bis zur Höhe der erbrachten Leistungen vorrangig dem Sozialhilfeträger zu.
- 5) Versicherten der Pflegeversicherung steht der Kürzungsbetrag bis zur Höhe ihres Eigenentgelts am Heimentgelt zu; ein überschüssender Betrag ist an die Pflegekasse auszus zahlen.

**§ 17**  
**Änderung des Hilfebedarfs**

- 1) Die Bewohnerin/ der Bewohner ist zur Vermeidung von ansonsten möglicherweise entstehenden rechtlichen und finanziellen Nachteilen gehalten, erforderliche Anträge zu stellen und die notwendigen Unterlagen vorzulegen (z.B. für Leistungen nach SGB XI und SGB XII).
- 2) Die Bewohnerin/der Bewohner ist insbesondere verpflichtet, einen Antrag auf Einstufung und Überprüfung der Bewohnerin/ des Bewohners durch die Pflegekasse nach Aufforderung gem. § 6 Abs. 4 S. 3 des Vertrages der Einrichtung zu stellen. Weigert sich die Bewohnerin/der Bewohner den Antrag zu stellen, kann die Einrichtung ihr/ihm oder dem Kostenträger ab dem ersten Tag des zweiten Monats nach der Aufforderung vorläufig den Pflegesatz nach der nächsthöheren Pflegeklasse berechnen.

Werden die Voraussetzungen für eine höhere Pflegestufe vom Medizinischen Dienst nicht bestätigt und lehnt die Pflegekasse eine Höherstufung deswegen ab, hat die Einrichtung der Bewohnerin/dem Bewohner den überzahlten Betrag unverzüglich zurückzuzahlen; der Rückzahlungsbetrag ist rückwirkend ab Zahlung des erhöhten Entgelts mit wenigstens 5 v.H. zu verzinsen. Auf die Kündigungsregelungen in § 18 des Vertrages wird hingewiesen.

- 3) Bei Änderung des Hilfebedarfs des Heimbewohners oder Änderung der fachlichen Ausrichtung des Pflegebereichs (z.B. Dementenbetreuung) kann die Einrichtung den Umzug auf eine andere Etage/Pflegebereich vornehmen. Die Notwendigkeit des Umzugs muss 14 Tage vor dem Umzug schriftlich erklärt und begründet werden. Dem Bewohner steht ein Zimmer entsprechend der angegebenen Zimmerform gem. § 2 Abs. 1 zur Verfügung.
- 4) Entsprechendes gilt, wenn ein anderer vergleichbarer wichtiger Grund für den Wechsel der Unterkunft vorliegt, insbesondere wenn das Wohl der Bewohnerin/des Bewohners oder auch der Mitbewohner durch persönliche Schwierigkeiten zwischen dem Bewohner und dem Mitbewohner gefährdet wird.

### § 19 Besondere Regelungen für den Todesfall

- 1) Das Vertragsverhältnis endet mit dem Todestag.
- 2) Wird das Zimmer nicht bis zum Ablauf einer Frist von 2 Tagen nach dem Tod geräumt, so kann die Einrichtung die Räumung und Lagerung des Mobiliars auf Rechnung und Gefahr der Bewohnerin/des Bewohners veranlassen. Je Kalendertag werden für die Lagerung von Mobiliar pauschal € 30,00 berechnet.
- 3) Im Falle des Todes sollen unbeschadet etwaiger letztwilliger Verfügungen oder gesetzlicher Erbfolge die Sachen der Bewohnerin/des Bewohners an folgende Person ausgehändigt werden:

Herrn/Frau	oder im Verhinderungs- fall	Herrn/Frau
Frau Musterdame		

- 5) Das Heim stellt den Nachlass soweit möglich sofort durch räumlichen Verschluss sicher.



- 6) Im Todesfall wird durch Angehörige, Bevollmächtigte oder Betreuer ein Bestatter beauftragt. Sollte dies nicht geschehen ist die Einrichtung berechtigt, im Todesfall den Verstorbenen auf Kosten der Rechtsnachfolger von einem ortsansässigen Bestatter in eine Leichenhalle überführen zu lassen. Betroffene schriftliche Willensäußerungen und Vorsorgeverträge werden berücksichtigt.

## **§ 20**

### **Vertragsdauer und Beendigung des Vertragsverhältnisses**

- 1) Der Heimvertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen, soweit nicht im Einzelfall eine befristete Aufnahme der Bewohnerin/des Bewohners beabsichtigt ist oder eine vorübergehende Aufnahme nach § 1 Abs. 3 HeimG vereinbart wird.
- 2) Der Vertrag kann in beiderseitigem Einvernehmen oder durch Kündigung eines Vertragspartners beendet werden. Im übrigen endet das Vertragsverhältnis mit dem Todestag der Bewohnerin/des Bewohners.
- 3) Die Bewohnerin/der Bewohner kann den Heimvertrag spätestens am 3. Werktag eines Kalendermonats für den Ablauf desselben Monats schriftlich kündigen. Bei einer Erhöhung des Entgelts ist eine Kündigung abweichend von Satz 1 jederzeit für den Zeitpunkt möglich, an dem die Erhöhung wirksam werden soll. Sie/er kann aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kündigen, wenn ihr/ihm die Fortsetzung des Vertragsverhältnisses bis zum Ablauf der Kündigungsfrist nicht zuzumuten ist.
- 4) Innerhalb von von zwei Wochen nach Beginn des Vertragsverhältnisses kann die Bewohnerin/der Bewohner jederzeit ohne Einhaltung einer Frist kündigen. Wird der Bewohnerin/dem Bewohner erst nach Beeginn des Vertragsverhältnisses eine Ausfertigung des Vertrages ausgehändigt, kann die Bewohnerin/der Bewohner auch noch bis zum Ablauf von zwei Wochen nach der Aushändigung kündigen.
- 5) Hat in den Fällen des Abs. 3 Satz 3 das Heim den Kündigungsgrund zu vertreten, hat es der Bewohnerin/dem Bewohner eine angemessene anderweitige Unterkunft und Betreuung zu zumutbaren Bedingung nachzuweisen und ist zum Ersatz der Umzugskosten in angemessenen Umfang verpflichtet. In diesen Fällen kann die Bewohnerin/der Bewohner den Nachweis einer angemessenen anderweitigen Unterkunft und Betreuung auch dann verlangen, wenn sie oder er noch nicht gekündigt hat. Die Vermittlungspflicht der Pflegekassen nach §

115 Abs. 4 des Elften Buches Sozialgesetzbuch bleibt unberührt.

- 6) Das Heim kann das Vertragsverhältnis nur bei Vorliegen eines wichtigen Grundes schriftlich und unter Angaben von Gründen kündigen. Die Kündigung kann fristlos erfolgen, wenn
- a) der Betrieb des Heims eingestellt, wesentlich eingeschränkt oder in seiner Art verändert wird und die Fortsetzung des Heimvertrags für den Träger eine unzumutbare Härte bedeuten würde,
  - b) der Gesundheitszustand der Bewohnerin/des Bewohners sich so verändert, dass ihre/seine fachgerechte Betreuung im Heim nicht mehr möglich ist,
  - c) die Bewohnerin/der Bewohner ihre/seine vertraglichen Pflichten, schuldhaft so groblich verletzt, dass dem Heim die Fortsetzung des Vertrages nicht mehr zugemutet werden kann oder
  - d) die Bewohnerin/der Bewohner für zwei aufeinander folgende Termine mit der Entrichtung des Entgelts oder eines Teils des Entgelts, der das Entgelt für einen Monat übersteigt, im Verzug ist oder in einem Zeitraum, der sich über mehr als zwei Termine erstreckt, mit der Entrichtung des Entgelts in Höhe eines Betrages in Verzug gekommen ist, der das Entgelt für zwei Monate erreicht.

Die Kündigung des Heimvertrages kann durch den Heimträger erfolgen, wenn durch den MDK der Heimbewohner bzw. die Heimbewohnerin im Sinne der §§ 14 und 15 SGB XI nicht als pflegebedürftig eingestuft wird (Pflegestufen I – III). Die Kündigung des Heimvertrages ist in diesem Fall mit einer Frist von vier Wochen zum Monatsende durch den Heimträger möglich.

- 7) Die Kündigung wegen des Zahlungsverzuges ist ausgeschlossen, wenn das Heim vorher befriedigt wird. Sie wird unwirksam, wenn bis zum Ablauf von zwei Monaten nach Eintritt der Rechtshängigkeit des Räumungsanspruchs hinsichtlich des fälligen Entgelts das Heim befriedigt wird oder eine öffentliche Stelle sich zur Befriedigung verpflichtet.
- 8) In den Fällen des Absatzes 5 b) bis d) kann das Heim den Vertrag ohne Einhaltung einer Frist kündigen. In den übrigen Fällen des Absatzes 5 ist die Kündigung spätestens am dritten Werktag eines Kalendermonats für den Ablauf des nächsten Monats zulässig.
- 9) Hat das Heim nach Absatz 5 a) und b) gekündigt, so hat es der

Bewohnerin/dem Bewohner eine angemessene anderweitige Unterkunft und Betreuung zu zumutbaren Bedingungen nachzuweisen. In den Fällen des Absatzes 5 a) hat das Heim die Kosten des Umzugs in angemessenen Umfang zu tragen.

- 10) Wenn die Bewohnerin/der Bewohner nur vorübergehend aufgenommen wird, kann der Heimvertrag von beiden Vertragsparteien nur aus wichtigem Grund gekündigt werden. Die Absätze 3 bis 8 sind mit Ausnahme des Absatzes 5 b) bis c) nicht anzuwenden. Die Kündigung ist ohne Einhaltung einer Frist zulässig. Sie bedarf der schriftlichen Form und ist zu begründen.

## **§ 21**

### **Haftung**

- 1) Die Bewohnerin/der Bewohner und das Heim haften einander für Sachschäden im Rahmen dieses Vertrages und der allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen für Sachschäden nur bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit. Im übrigen bleibt es der Bewohnerin/dem Bewohner überlassen, für eingebrachte Sachen eine Hausratversicherung abzuschließen.
- 2) Für Personenschäden wird im Rahmen allgemeiner Bestimmungen gehaftet. Das gilt auch für sonstige Schäden. Der Bewohnerin/dem Bewohner wird empfohlen, eine Haftpflichtversicherung abzuschließen.

## **§ 22**

### **Datenschutz, Schweigepflicht**

- 1) Die Einrichtung verpflichtet sich zu einem vertraulichen Umgang mit den personenbezogenen Informationen der Bewohnerin/des Bewohners. Es werden nur solche Informationen gespeichert, die für die Erfüllung des Heimvertrages erforderlich sind.
- 2) Die Bewohnerin/der Bewohner ist damit einverstanden, dass ihre/seine personenbezogenen Daten, soweit sie der Einrichtung bekannt gegeben worden sind, in der EDV-Anlage der Einrichtung gespeichert und automatisch verarbeitet werden. Eingeschlossen in dieses Einverständnis ist auch die Weitergabe der Daten an die zuständigen Stellen und Behörden zur vertragsgerechten Leistungserfüllung, soweit dies nicht bereits ausdrücklich gesetzlich erlaubt ist. Dies gilt namentlich für den sogenannten Überleitungsbogen bei Krankenhausaufnahme.

### **§ 23**

#### **Vorlage eines ärztlichen Zeugnisses**

- 1) Personen, die in einem Altenheim, Altenwohnheim, Pflegeheim oder einer gleichartigen Einrichtung im Sinne des § 1 Abs. 1 oder 1a des Heimgesetzes aufgenommen werden sollen, haben vor oder unverzüglich nach ihrer Aufnahme der Leitung der Einrichtung ein ärztliches Zeugnis darüber vorzulegen, dass bei ihnen keine Anhaltspunkte für das Vorliegen einer ansteckenden Lungentuberkulose vorhanden sind. Personen, die nach Satz 1 ein ärztliches Zeugnis vorzulegen haben, sind verpflichtet, die für die Ausstellung des Attests nach Satz 1 und 2 erforderlichen Untersuchungen zu dulden. Die Erhebung darf nicht länger als sechs Monate zurückliegen (siehe § 36 Abs. 4 des Gesetzes zur Neuordnung seuchenrechtlicher Vorschriften vom 20. Juli 2000).

Auf die Notwendigkeit der Vorlage eines ärztlichen Zeugnisses wird hiermit hingewiesen. Bei Nichtvorlage eines ärztlichen Zeugnisses kann der Heimvertrag von Seiten des Heimträgers fristlos gekündigt bzw. für unwirksam erklärt werden.

### **§ 24**

#### **Vergütungsvereinbarung nach § 87b SGB XI**

- 1) Es wird ein zusätzliches Betreuungsangebot nach § 87b SGB XI für Pflegebedürftige mit erheblichem allgemeinem Betreuungsbedarf von der Einrichtung durchgeführt. Voraussetzung für das zusätzliche Betreuungsangebot und die Zahlung eines Vergütungszuschlages von der Pflegekasse an das Pflegeheim ist die Bewilligung der Leistung durch die Pflegekasse. Eine Belastung des Bewohners ist ausgeschlossen.
- 2) Die Bewohnerin/der Bewohner erklärt sein Einverständnis, dass die im Rahmen der Beantragung eines Vergütungszuschlages nach § 87b SGB XI notwendigen Daten (Diagnosen) von der Pflegeeinrichtung an die Pflegekasse weitergegeben werden dürfen.
- 3) Das Angebot sowie die Umsetzung der zusätzlichen Betreuungsleistungen sind im Pflegekonzept der Einrichtung hinterlegt. Dieses ist in der Verwaltung einsehbar.

**§ 25**  
**Schlussbestimmungen**

- 1) Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Berlin.
- 2) Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform. Dies gilt auch für die Abänderung dieser Schriftformklausel.
- 3) Eine etwaige Unwirksamkeit einzelner Bestimmungen dieses Vertrages berührt seine Rechtswirksamkeit im übrigen nicht. An die Stelle von unwirksamen Bestimmungen treten die gesetzlichen Regelungen. Gleiches gilt, soweit der Vertrag lückenhaft sein sollte.
- 4) Sollten aufgrund der gesetzlichen Pflegeversicherung oder anderer gesetzlicher Vorgaben oder den entsprechenden Durchführungsbestimmungen Ergänzungen oder Änderungen des Vertrages erforderlich sein, erklären beide Vertragsparteien ihren Mitwirkungswillen zur Ergänzung oder Änderung.

**§ 26**  
**Bestätigung der Bewohnerin/des Bewohners**

Die Bewohnerin/der Bewohner bestätigt mit ihrer/seiner Unterschrift, dass ihr/ihm der Inhalt des Heimvertrages unter Beifügung einer Ausfertigung dieses Vertrages schriftlich bestätigt wurde.

Die Bewohnerin/der Bewohner bestätigt durch Unterschrift unter den Heimvertrag, vor Abschluss dieses Vertrages über die Leistungen und die Ausstattung des Heimes sowie über seine Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag informiert worden zu sein. Sie/er bestätigt weiterhin, auf die Möglichkeit späterer Leistungs- und Entgeltveränderungen hingewiesen worden zu sein.

**12559 Berlin, den 11.00.2000**

.....  
(für den Heimträger)

.....  
(Bewohnerin/Bewohner)

.....  
vertreten durch

Seniorenzentrum Bethel Köpenick gGmbH  
Alfred-Randt-Strasse 23  
12559 Berlin

Konto: Bank für Sozialwirtschaft (BfS), 10787 Berlin, BLZ 100 205 00, Konto-Nr. 31091300 (Diakoniewerk Bethel e.V. - Seniorenzentrum Bethel Köpenick) – Heimkonto  
Konto: Dresdener Bank, 12555 Berlin, BLZ 120 800 00, Konto-Nr. 4035752200 (Diakoniewerk Bethel e.V. – Seniorenzentrum Bethel Köpenick) – Bewohnerkonto